

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Carsten Hübner und der Fraktion der PDS – Drucksache 14/9843 –

Politische Lösung des Irak-Konfliktes

Vorbemerkung der Fragesteller

Zahlreichen Medienberichten zufolge bereiten amerikanische Militärplaner offenbar flächendeckende Angriffe zum Sturz des irakischen Diktators Saddam Hussein vor. Nach Angaben der „Turkish Daily News“ vom 4. Juli 2002 haben die USA bereits 3 000 Soldaten an der türkisch-irakischen Grenze für eine mögliche „Irak-Operation“ stationiert. Mit Verweis auf Informationen der kuwaitischen Zeitung „El Diyar“ sollen die USA außerdem die unmittelbare Stationierung von 25 000 Soldaten auf der US-Air-Base im türkischen Incirlik planen, von denen bereits 7 000 dort eingetroffen seien.

Nach einem Bericht der „New York Times“ vom 5. Juli 2002 sollen bei einer Invasion Zehntausende von Soldaten und Marineoffizieren aus Kuwait in den Irak einmarschieren; flankiert würde die Bodenoffensive von luft- und seegestützten Angriffen aus dem Norden, Süden und Westen. Hunderte von Kampfflugzeugen, die in bis zu acht Ländern stationiert wären, würden zum Einsatz kommen. Die Aktion würde sich laut „New York Times“ gegen Tausende von Zielen richten, unter anderem Flugplätze, Straßen, Waffenarsenale, Forschungslabors und Fabriken sowie Telekommunikationszentralen. Die Zeitung beruft sich in ihrem Bericht über Einzelheiten der Aktion „CentCom Courses of Action“ auf eine anonyme Quelle aus US-Militärkreisen. Das Konzept für einen Krieg gegen den Irak soll sich bereits in einem sehr fortgeschrittenen Stadium befinden.

Die US-geführte Offensive werde vermutlich Anfang kommenden Jahres stattfinden, berichtete der britische „Sunday Telegraph“ unter Berufung auf Kreise des britischen Verteidigungsministeriums. Großbritannien werde sich demnach an der Invasion beteiligen und eine Division von 20 000 Soldaten als Infanteristen und für gepanzerte Einheiten stellen. Diese würden von weiteren mindestens 10 000 Soldaten unterstützt, zu denen bis zu 50 Kampfflugzeuge und ein Flugzeugträgerverband mit Fregatten, Zerstörern und einem U-Boot gehören sollen (vgl. Berliner Zeitung vom 8. Juli 2002).

Seit Januar 2002 sind auch rund 250 ABC-Aufklärer der Bundeswehr im Rahmen des „Enduring Freedom“-Einsatzes in Kuwait stationiert. Was mit ihnen

im Falle einer US-geführten Militäraktion gegen den Irak passieren würde, ist unklar.

Der Bundesminister der Verteidigung a. D., Rudolf Scharping, hat mehrfach der Presse erklärt, die Bundesregierung ziehe eine politische Lösung des Irak-Konfliktes dem militärischen Primat in der Außenpolitik vor (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 24. Mai 2002). Dies wirft die Frage auf, wen die Bundesregierung als Verhandlungspartner auf dem Wege zu einer politischen Lösung betrachtet und welche Alternativen sie sich zur aktuellen Situation vorstellen kann.

Ein besonderes Problem auf dem Wege zu einer politischen Lösung ist, neben der Zerstrittenheit der irakischen Opposition, dass nach wie vor die Bekämpfung des Staates Israel einen konstitutiven Bestandteil der irakischen Politik darstellt. So hat beispielsweise die irakische Nachrichtenagentur aus Anlass des 65. Geburtstages des irakischen Staatspräsidenten Saddam Hussein, eine Rede des Präsidenten veröffentlicht, in der dieser die Vernichtung Israels ankündigte. Der ehemalige Außenminister und jetzige stellvertretende Präsident des Irak, Tarik Aziz, bezeichnete Israel am 8. April 2002, anlässlich der 55-Jahrfeier zur Gründung der Baath-Partei, öffentlich als „Krebsgeschwür im arabischen Körper“. Nach Angaben der irakischen Regierung soll die „Freiwilligenarmee zur Befreiung Jerusalems“ eine Stärke von 500 000 Soldaten haben (vgl. Radio Free Iraq vom 19. April 2002). Nach Auskunft irakisch-kurdischer Quellen (Khabat vom 19. April 2002) wurde zumindest ein junger Mann öffentlich hingerichtet, der sich der „freiwilligen“ Rekrutierung in diese Armee verweigerte.

Besonderes Augenmerk verdienen auch die verstärkten Versuche deutscher und europäischer Rechtsextremisten und Rechtspopulisten, wie z. B. die des österreichischen FPÖ-Politikers Jörg Haider, zum Aufbau engerer Verbindungen zum irakischen Regime. Der irakische Außenminister Naji Sabri erklärte anlässlich seines mehrtägigen Österreich-Besuches Anfang Juni 2002 „Haider ist einer meiner besten Freunde in diesem Land.“ (Oberösterreichische Nachrichten, 2. Juli 2002).

1. Welche Informationen hat die Bundesregierung über aktuelle Kriegsvorbereitungen der USA gegen den Irak und welche Haltung nimmt sie zu diesen ein?

Präsident George Bush hat bei Gesprächen mit der Bundesregierung im Mai 2002 in Berlin zugesichert, dass die US-Administration die Bundesregierung vor einer Entscheidung über einen Militäreinsatz gegen den Irak konsultieren werde. Bislang haben keine Konsultationen hierzu stattgefunden. Der Bundesregierung liegen keine Anhaltspunkte dafür vor, dass Entscheidungen des amerikanischen Präsidenten über „aktuelle Kriegsvorbereitungen“ anstehen.

2. Kann die Bundesregierung eine Beteiligung deutscher Soldaten an einer US-geführten Militäraktion gegen den Irak ausschließen?

Die Haltung der Bundesregierung in dieser Frage ist durch den Bundeskanzler klargestellt worden.

3. Welche konzeptionellen Vorstellungen für eine politische Lösung des Irak-Konfliktes hat die Bundesregierung?

Die Bundesregierung setzt sich für eine Lösung des Irak-Konflikts auf der Grundlage der Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen ein. Ziel ist es, den Irak zum Verzicht auf sein Massenvernichtungswaffen-Programm zu zwingen und ihn wieder in die Gemeinschaft friedliebender Staaten

zu integrieren. Diesem Ziel dient das vom Sicherheitsrat verhängte Sanktionsregime, dessen Auswirkungen auf die humanitäre Lage der irakischen Bevölkerung durch das „Oil for Food“-Programm gemildert werden sollen. Wenn das Sanktionsregime sein Ziel erreicht hat, wird es aufgehoben werden; ein Langzeit-Monitoring des irakischen Rüstungsprogramms wird jedoch fortgeführt werden müssen.

Die Bundesregierung fordert die irakische Regierung auf, die Inspektoren der VN-Abrüstungskommission UNMOVIC einreisen und ungehindert ihrer Tätigkeit nachgehen zu lassen, um eine möglichst baldige Aufhebung der Sanktionen zu ermöglichen. Bis zu diesem Zeitpunkt bleibt die irakische Regierung aufgefordert, bei der Umsetzung des „Oil for Food“-Programms im Sinne der Förderung seiner humanitären Zielsetzungen zu kooperieren.

4. Sind der Bundesregierung entsprechende konzeptionelle Vorstellungen seitens der EU, der USA oder anderer Staaten bekannt, und wenn ja, wie sehen diese aus?

Die Europäische Union und die USA fordern vom Irak übereinstimmend die Erfüllung aller einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen.

Gibt es in dieser Frage Abstimmungen/Konsultationen innerhalb der EU und mit den USA, und wenn ja, mit welchem bisherigen Ergebnis?

Die Mitgliedstaaten der EU haben auf verschiedenen Ebenen Konsultationen zum Irak geführt. Die EU unterstützt den Sicherheitsrat ohne Einschränkungen bei den Bemühungen, das Sanktionsregime gegen den Irak umzusetzen.

Zu Konsultationen mit den USA wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

5. Welche europäischen Initiativen für eine politische Lösung gibt es und inwieweit unterscheiden sich diese von den Vorstellungen der USA?

Eine politische Lösung bedeutet die vollständige Umsetzung aller relevanten Resolutionen des VN-Sicherheitsrats durch den Irak. In diesem Sinne hat die Präsidentschaft der EU die Bemühungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen um eine Lösung des Problems unterstützt. Sie hat am 21. Mai 2002 in einer Erklärung ihr Eintreten für eine bedingungslose Einhaltung der Resolutionen bekräftigt und an den Irak appelliert, diesen Resolutionen unverzüglich Folge zu leisten und insbesondere die in der Resolution 1284 vorgesehene Rückkehr der Inspektoren nach Irak zu akzeptieren.

Die US-Administration fordert ebenfalls die vorbehaltlose Erfüllung aller Resolutionen durch den Irak. Einzelheiten zu amerikanischen Positionen können öffentlichen Erklärungen der US-Administration entnommen werden.

6. Gibt es diesbezüglich eine einheitliche EU-Position, und wenn nein, welche unterschiedlichen Vorstellungen gibt es?

Die Forderungen der Erklärung der Präsidentschaft werden von allen Mitgliedstaaten unterstützt.

7. Gibt es zwischen der EU und der irakischen Regierung Konsultationen, und wenn ja, um welche Fragen geht es dabei?

Die EU hat keine Konsultationen mit der irakischen Regierung durchgeführt.

8. Werden Mitglieder der irakischen Opposition in Deutschland nachrichtendienstlich überwacht?

Wenn ja, Mitglieder welcher Gruppierungen und worauf gründet diese Überwachung?

Fragen, die den Verfassungsschutz sowie nachrichtendienstliche Zusammenhänge und Sachverhalte berühren, können grundsätzlich nur in den dafür vorgesehenen parlamentarischen Gremien behandelt werden, sofern sie nicht den jährlichen Verfassungsschutzberichten des Bundes zu entnehmen sind.

9. Werden oder wurden Erkenntnisse über die Aktivitäten irakischer Oppositionsgruppen oder einzelner irakischer Oppositioneller systematisch gesammelt?

Wenn ja, wofür werden diese Informationen verwendet?

Siehe Antwort zu Frage 8.

10. Unterstützt die Bundesregierung die irakische Opposition im Irak und im Ausland finanziell oder in anderer Weise?

Wenn ja, wen, wie und in welchem Umfang?

Siehe Antwort zu Frage 8.

11. Ist es zutreffend, dass die Irakische Kommunistische Partei (ICP) in der Bundesrepublik Deutschland als verfassungsfeindlich eingestuft wird?

Wenn ja, worauf gründet diese Einstufung und welche Maßnahmen zur Überwachung und Kontrolle werden oder wurden angewandt?

Siehe Antwort zu Frage 8.

12. Welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung über nachrichtendienstliche Aktivitäten des Irak in der Bundesrepublik Deutschland?

Sind der Bundesregierung Versuche irakischer Nachrichtendienste bekannt, durch Druck auf Asylsuchende Kontakte herzustellen oder/und Informationen über Asylsuchende bzw. anerkannte irakische Asylbewerber zu erhalten?

Siehe Antwort zu Frage 8.

13. Wurden oder werden Vorfeldorganisationen der irakischen Baath-Partei (wie beispielsweise „Der Kongress der Exiliraker“) in Deutschland nachrichtendienstlich überwacht?

Wenn ja, welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung über deren Aktivitäten?

Siehe Antwort zu Frage 8.

14. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Unterstützung islamistischer und antisemitischer terroristischer Gruppen durch die irakische Regierung vor?

Gibt es in dieser Frage einen Austausch mit den zuständigen US-Behörden, und wenn ja, welcher Art?

Siehe Antwort zu Frage 8.

15. Kann die Bundesregierung bestätigen, dass die irakische Regierung den Familien so genannter Märtyrer, die Anschläge gegen israelische Zivilisten verübt haben, Geld auszahlt?

Siehe Antwort zu Frage 8.

16. Welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung über die „Freiwilligenarmee zur Befreiung Jerusalems“?

Sind der Bundesregierung ähnliche Fälle, wie der des öffentlich hingerichteten jungen Mannes, der sich der „freiwilligen“ Rekrutierung in diese Armee verweigerte, bekannt?

Wenn ja, welche/wie viele sind dies?

Siehe Antwort zu Frage 8.

17. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Kontakte deutscher Gruppen aus dem rechtsextremistischen Spektrum zum irakischen Staat (bitte einzeln auflühren)?

Siehe Antwort zu Frage 8.

18. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Kontakte anderer deutscher Gruppen zum irakischen Staat und wie bewertet sie diese (bitte einzeln auflühren)?

Siehe Antwort zu Frage 8.

19. Fand die Beteiligung deutscher Unternehmen mit einem eigenen deutschen Pavillon auf der Bagdader Industriemesse 2001 (vgl. HANDELSBLATT vom 4. Januar 2002) mit dem Wissen und der Unterstützung der Bundesregierung statt?

Welche deutschen Unternehmen aus welchen Branchen haben nach Kenntnis der Bundesregierung an dieser Messe teilgenommen und welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung über die dort abgeschlossenen Handelsverträge (bitte aufschlüsseln)?

Die 34. Internationalen Messe Bagdad 2001 (1. bis 14. November 2001) gehörte zum Programm der von der Bundesregierung in 2001 geförderten Beteiligungen an Auslandsmessen. An der Messe Bagdad nahmen 112 deutsche Unternehmen teil, die überwiegend Bereiche der Investitionsgüterindustrie repräsentierten. Die Bundesregierung besitzt keine Erkenntnisse über dort abgeschlossene Handelsverträge. Die deutsche Messebeteiligung verstieß nicht gegen das von den Vereinten Nationen verhängte Irak-Embargo.

20. Wie bewertet die Bundesregierung die wirtschaftlichen Aktivitäten deutscher Unternehmen im Hinblick auf eine politische Lösung des Irak-Konfliktes?

Das Engagement der deutschen Wirtschaft im Irak-Geschäft verbessert die humanitäre Lage der irakischen Bevölkerung und dient der Pflege von Kontakten im Hinblick auf die Zeit nach der Aufhebung der Sanktionen. Allerdings muss dieses Engagement streng im Rahmen der Regeln für die Ausnahmen von dem umfassenden Handels- und Finanzembargo gegen den Irak bleiben.

